



öffentlich

**Betreff:**

Zusätzliche Option für den Landtagsneubau auf dem Alten Markt

Erstellungsdatum 21.11.2005

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion Die Andere

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung aufzunehmen, um in die Planungen für den Neubau des Landtagsgebäudes auf dem Alten Markt die zusätzliche Option aufzunehmen, daß der Neubau außerhalb der Stadtschloßkubatur erfolgen kann. Bis zur Klärung dieses Sachverhalts sind die vorbereitenden Baumaßnahmen, die vor dem Hotel Mercure bereits begonnen wurden, sowie alle anderen vorbereitenden Maßnahmen zur bisher geplanten Verkehrsverschränkung auszusetzen.

gez. Axel Kruschat  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

---

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Mit der zusätzlichen Option, den Landtagsneubau außerhalb der Stadtschloßkubatur zu errichten, soll der Stadt und dem Land die Möglichkeit gegeben werden, die sich abzeichnende erhebliche Erhöhung der Erschließungskosten für das Baugrundstück um ein Drittel des bisher Geplanten künftig noch abzuwenden.

Für den Landtagsneubau sind ohne historische Fassade bisher Kosten von 80 Millionen Euro geplant. Hinzu kommen die Erschließungskosten, für die bisher 35 Millionen Euro angesetzt sind. Inzwischen hat sich – trotz jahrelanger Vorplanung – herausgestellt, daß die geplante Verschwenkung der Breiten Straße technisch für die Straßenbahn nicht möglich ist, weil die Lange Brücke dafür zu stark geneigt ist. Der Neubau einer zusätzlichen Brücke für die Straßenbahn wird dadurch notwendig. Die geplante Verschwenkung ist ohnehin städtebaulich und verkehrstechnisch hochproblematisch: Es wird eine städtebaulich verworfene und verkehrstechnisch ungünstigere und darüber hinaus gefährliche Verkehrsführung herbeigeführt. Dafür wurden bereits vorbereitende Baumaßnahmen am Hotel Mercure begonnen.

Der Sanierungsträger soll ein Gutachten erstellen lassen, welches die Kosten für einen separaten Straßenbahnbrückenneubau abschätzen soll. Im Gespräch sind bisher 10 Millionen Euro, was bedeutet, daß die Erschließungskosten um etwa ein Drittel auf 45 Millionen Euro steigen. Diese Mittel sind praktisch nicht vorhanden und würden faktisch als Schulden anfallen.

Die Stadt sollte sowohl sich als auch dem Land die Option offen halten, die Erschließungskosten zu senken. Dazu ist notwendig, daß die Option offen bleibt, den Landtagsneubau außerhalb der Stadtschloßkubatur zu errichten.

---